

Max Bloch

# „Wir müssen aus dem Turm heraus!“

Der Weg der SPD zur Volkspartei  
1907–1959



Reihe  
**Gesprächskreis Geschichte**  
Heft 89

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**



# **„Wir müssen aus dem Turm heraus!“**

Der Weg der SPD zur Volkspartei  
1907–1959

---

Heft 89

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke  
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen  
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-mail: [Doris.Fassbender@fes.de](mailto:Doris.Fassbender@fes.de)  
<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2011 by Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bonn (-Bad Godesberg)

Redaktion:  
Ursula Bitzegeio

Gestaltung:  
Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung:  
Katja Ulanowski

Druck:  
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2011

ISBN 978-3-86872-539-1  
ISSN 0941-6862

# Inhalt

Vorwort .....	4
Max Bloch	
„Wir müssen aus dem Turm heraus!“	
Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907 – 1959 .....	6
I. Die „Volkspartei“ – Genese eines Begriffs .....	6
II. Die SPD zwischen Kooperation und Obstruktion .....	8
III. „Die Arbeiterpartei wird zur Volkspartei“ .....	13
IV. Vom Stichwahlabkommen zur Deckungsvorlage .....	16
V. Die SPD am Vorabend des Ersten Weltkriegs .....	18
VI. „Burgfrieden“ im Krieg .....	20
VII. Klassen- oder Volkspartei? .....	23
VIII. „Partei des Volkes“ .....	29
IX. Ausblick – Die Zukunft der Volkspartei SPD .....	32
Zum Autor .....	34

## Vorwort

Derzeit wird über die „Krise der Volksparteien“ viel geredet und geschrieben. In Bezug auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird dabei vor allem auf den als „legendär und historisch“ geltenden Parteitag von Bad Godesberg des Jahres 1959 verwiesen. Hier hätten die Sozialdemokraten erstmals Konsequenzen aus den Veränderungen in der Gesellschaft gezogen und mit dem Wandel von der „Arbeiter-“ bzw. „Klassenpartei“ zur „Volkspartei“ den Grundstein für die spätere Regierungsfähigkeit gelegt. Aber genau diese sei heute wieder stark gefährdet.

Aus historischer Sicht stehen solche stark gegenwartsbezogenen Schlussfolgerungen jedoch auf tönernen Füßen, klammern sie doch wichtige Phasen sozialdemokratischer Ideen-, Programm- und Parteiengeschichte aus. So begann die SPD bereits im Kaiserreich und in der jungen Weimarer Republik, sich nicht nur volksparteiliche Konzepte anzueignen, sondern auch umzusetzen.

Die Erweiterung des Wählerspektrums über die klassische Industriearbeiterschaft hinaus spielte in diesem Zusammenhang ebenso eine Rolle wie die Bereitschaft, staatliche Verantwortung zu übernehmen. Die SPD veränderte sich im Folgenden programmatisch, strategisch und politisch sowie hinsichtlich der Wahl ihrer Bündnis- bzw. Koalitionspartner, wenn es galt, Regierungsfähigkeit zu gewährleisten. Doch auch schon damals blieb diese Entwicklung nicht unangefochten – innerhalb und außerhalb der Partei.

Der Vortrag des Historikers Max Bloch im Rahmen des Gesprächskreises Geschichte verortet die Öffnung der SPD zur Volkspartei und damit auch immer wiederkehrende innerparteiliche Reformprozesse innerhalb der über hundertjährigen Parteiengeschichte. Damit verleiht er den Debatten um die Zukunft der SPD als Volkspartei eine nötige historische Tiefenschärfe und belegt die Aktualität der skizzierten Diskussionen. Die Erkenntnisse des Vortrags unterstreichen, dass die Identität einer Volkspartei wie der SPD keine unveränderliche Selbstverständlichkeit, sondern ein immer wieder neu auszuhandelnder Prozess war – und bleibt.

*Dr. Anja Kruke*

(Leiterin des Archiv der sozialen Demokratie)

Bonn, 8. Oktober 2010

Max Bloch

„Wir müssen aus dem Turm heraus!“

Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959

„Die SPD wird nie wieder Volkspartei.“ So sprach jüngst der Parteienforscher Franz Walter in einem Interview.<sup>1</sup> Die Zwangslage der SPD, eingeklemt zwischen einer nach links gerückten – manche sagen auch sozialdemokratisierten – CDU und einer sich als die eigentliche und eigentlich bessere Sozialdemokratie aufspielenden Linkspartei ist evident. Aus dieser Zwangslage kann hier kein Ausweg gewiesen werden, jedoch hilft ein zeitgeschichtlicher Blick auf den „Weg der SPD zur Volkspartei“, um Klarheit über traditionelle Orientierungen der Partei zu gewinnen und Problemlagen ihrer bewegten Geschichte zu identifizieren. Auch wenn die Herausforderungen, denen sich die Volksparteien zu stellen haben, heute grundlegend andere sind, trägt eine kritische Verortung historischer Bezüge und Rahmenkonstellationen zur Präzisierung vieler Begriffe und somit zur Versachlichung aktueller Debatten um den Wandel und die Zukunft der Sozialdemokratie bei.

### I. Die „Volkspartei“ – Genese eines Begriffs

„Volksparteien“ hat es bereits vor der Gründung des Deutschen Reiches gegeben, jedoch mehr dem Anspruch als ihrer strategischen Ausrichtung nach: So war die 1866 von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete radikaldemokratische Sächsische Volkspartei Keimzelle der späteren Sozialdemokratie; die südwestdeutschen Demokraten waren seit den 1860er Jahren in der Deutschen Volkspartei organisiert, die aber eine recht marginale Rolle spielte; 1910 fusionierten sie mit der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung zur Fortschrittlichen Volkspartei, die 1918/19 in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) auf-

---

1 „Die SPD wird nie wieder Volkspartei“, in: Die Zeit, 18. März 2010.



ging. Der Begriff der Volkspartei kam also ursprünglich aus dem emanzipatorischen, sozialistisch-liberalen Umfeld und implizierte den Anspruch, für „das Volk“, verstanden in der Tradition der 1848er Revolution als Gegenbegriff zur „Obrigkeit“, zu reden und zu wirken.

Er wurde dann aber auch von anderen ganz anderen politischen Gruppen adaptiert, wofür die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) und die konservativ-monarchistische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) nach 1918/19 als Beispiele dienen mögen. Der Begriff des „Volkes“ war also *von links nach rechts* gewandert und wurde in zunehmendem Maße nicht mehr als soziale, sondern als ethnische oder biologistische Größe definiert: Nationalistische Splittergruppen nannten sich „völkisch“, und auch die „Volksgemeinschaft“, ursprünglich dem fortschrittlich-sozialistischen Vokabular entnommen, diente Ende der 1920er Jahre als Chiffre des faschistischen Zukunftsstaates. All diese „Volksparteien“ waren aber – wie erwähnt – alles andere als Volksparteien im modernen politischen Wortsinne. Zu einer Volkspartei gehört eben mehr als der hehre Anspruch, „das Volk“ (oder zumindest einen signifikanten Wähleranteil) zu repräsentieren; es gehört vor allem dazu, diesen Anspruch auch einzulösen, mehrheitsfähig, regierungsfähig und, damit verbunden, auch koalitionsfähig zu sein.<sup>2</sup>

Für uns Heutige ist der Begriff des „Volkes“, der in der „Volkspartei“ steckt, wohl kaum mehr eine soziale und erst recht keine ethnische Kategorie, sondern wir haben uns angewöhnt, das „Volk“ im Sinne von Staatsvolk, als Demos zu verstehen. Und wenn wir heute in Deutschland von Volksparteien (zumeist in Verbindung mit der „Krise der Volksparteien“) sprechen, dann reden wir in erster Linie von CDU/CSU und SPD – teilweise auch, bezogen auf die neuen Bundesländer, von der Partei Die

---

2 Zur Begriffsbestimmung allgemein: Detlef Lehnert, Zur historischen Soziographie der „Volkspartei“. Wählerstruktur und Regionalisierung im deutschen Parteiensystem seit der Reichsgründung, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), S. 1–33; Peter Lösche/Franz Walter, Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: Ebd., S. 75–136.

Linke. In jüngster Zeit wird sogar von einer neuen, einer „grünen Volkspartei“ gemunkelt.<sup>3</sup> Ich möchte hier aber nur kurz auf die beiden klassischen bundesdeutschen Volksparteien eingehen:

Die CDU/CSU ist maßgeblich aus dem katholischen Zentrum hervorgegangen, das sich als reine Konfessionspartei verstand; hier wurde der Gedanke, die konfessionelle Verengung auf die katholische Wählerschaft zu überwinden, zwar immer wieder erörtert (so nannte sich das Zentrum 1918/19 kurzzeitig auch Christliche Volkspartei), ist jedoch ebenso regelmäßig verworfen worden. Erst mit der Gründung der Unionsparteien 1945/46 wurde diese Hürde genommen. Die SPD, die älteste und traditionsreichste Partei Deutschlands, hatte ebenfalls als Klientelpartei, nämlich – zumindest ihrem Selbstverständnis nach – als genuine Arbeiterpartei begonnen. Die Wende von der Klassen- zur wirklichen Volkspartei wird landläufig auf den Godesberger Parteitag von 1959 datiert. Tatsächlich hatte der Volksparteibildungsprozess der SPD aber sehr viel früher, bereits im Kaiserreich begonnen, und ihn nachzuzeichnen, soll im Folgenden die Aufgabe sein.

## II. Die SPD zwischen Kooperation und Obstruktion

Im Jahr 1898 hatte der bayerische Sozialistenführer Georg von Vollmar, der geistige Vater dessen, was später als „der sozialdemokratische Reformismus“ bezeichnet wurde, seine Thesen zur strategischen Ausrichtung der SPD folgendermaßen umrissen: Der Parteiname „Sozialdemokratische Partei“ impliziere, dass ihre Mitglieder sich ebenso sehr als Sozialisten wie als Demokraten empfänden, „sie können demnach ihre Endziele nur dann erreichen, wenn sie die Mehrzahl des Volkes auf ihrer Seite haben“.<sup>4</sup> Hier scheint die Vorstellung durch, dass die Macht des Stimmzettels genüge, um ein quasi „organisches“ Hinwachsen der Gesellschaft in

---

3 Die grüne Volkspartei, in: Frankfurter Rundschau, 9. Juni 2009; Die neue grüne Volkspartei, in: Der Spiegel 46 (2010).

4 Zit. nach: Bernhard Grau, Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie, München 2001, S. 557, Anm. 176.

den Sozialismus, „die Überleitung der alten in die neue Welt“, wie Vollmar es nannte, zu erreichen.<sup>5</sup> Dies war das Gegenkonzept zur Politikauffassung der radikalen Linken in der SPD, die in den Parlamentarismus kein übertriebenes Vertrauen hatte und den Weg zur Revolutionierung der Massen bevorzugte. Die Entwicklung bis 1898 gab Vollmar – wenn man sich die Wahlergebnisse ansieht – hingegen recht: Hatte die SPD bei den Reichstagswahlen von 1890, den ersten nach dem Fall des Sozialistengesetzes, noch 19,7 Prozent erhalten, was bereits als bahnbrechender Erfolg gewertet wurde, war ihr Stimmenanteil 1893 bereits auf 23,3 und 1898 – im Jahr der Vollmar’schen Diagnose – sogar auf 27,2 Prozent gestiegen. Und dieser Trend setzte sich fort: Bei den Reichstagswahlen von 1903 errang die SPD stattliche 31,7 Prozent, womit sie die mit Abstand stimmenstärkste Partei des Reiches war.

Eine zeitgenössische Wahlanalyse im von Max Weber, Edgar Jaffé und Werner Sombart besorgten *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* kam zu dem Schluss, dass mindestens 750.000, d.h. rund ein Viertel der auf die SPD entfallenen Stimmen nicht von Arbeitern, sondern von sympathisierenden Bürgern, v.a. Handwerkern, kleinen Kaufleuten und Beamten, selbstständigen Gewerbetreibenden und kaufmännischen Angestellten, abgegeben worden seien. Während August Bebel die Zahlen bestritt und auf den Charakter der SPD als einer Arbeiter- und zwar Nur-Arbeiterpartei pochte, war für Eduard Bernstein die Frage „proletarisch-revolutionäre Klassenpartei oder sozialdemokratische Volkspartei?“ damit gestellt. Und er beantwortete sie auch gleich: Die SPD sei, so schrieb er, bezogen auf das Wahlergebnis von 1903, auf dem besten „Wege, Volkspartei zu werden, ja, sie ist es in nicht geringem Maße heute schon“.<sup>6</sup> Und der Reichstagsabgeordnete Eduard David plädierte – gerade vor dem

---

5 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, S. 190.

6 Eduard Bernstein, Wird die Sozialdemokratie Volkspartei?, in: Sozialistische Monatshefte 11 (1905), S. 668–670.

Hintergrund eines wachsenden Angestelltensektors – 1904 für eine breitere Auslegung des Begriffs „Arbeiterschaft“: dieser sei „gleichbedeutend mit der gesamten auf Arbeitseinkommen gestellten Volksmasse“. Daher müsse die Sozialdemokratie, wolle sie die politische Macht wirklich erobern, „in immer umfassenderer Weise zu einer allgemeinen Volkspartei werden“.<sup>7</sup>



Dresdener Parteitag 1903: Im Ausflugslokal (Bildmitte: August Bebel).  
Foto: AdSD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

7 Eduard David, Die Eroberung der politischen Macht III, in: Sozialistische Monatshefte 10 (1904), S. 204. Auch Sinowjew, der Mitstreiter Lenins, machte für die deutsche Vorkriegssozialdemokratie retrospektiv eine immer größere Schicht sogenannter „Mitläufer“ aus nichtproletarischen Schichten aus und betonte deren Bedeutung für den vermeintlichen Versumpfungsprozess der SPD: „Es entstand eine ganze große Kategorie von Leuten, die für die Sozialdemokratie stimmten, aber der sozialdemokratischen Organisation nur ungern angehörten, die sich ausschließlich für die allgemein-demokratische und reformistische Arbeit der Sozialdemokratie interessierten. Die Welt der ‚Mitläufer‘ schwemmte auch die entsprechenden Führer an die Oberfläche. Heine, Südekum, Landsberg, David – das sind die typischen Vertreter und Führer dieser Schichten“; Georg Sinowjew, Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Wien 1924, S. 485.

August Bebel, der allgewaltige Parteivorsitzende, teilte, wie erwähnt, solche Einschätzungen nicht. Ihn beunruhigte das unkontrollierte Wachstum der Partei; er litt, wie Friedrich Naumann schrieb, an der „Verweltlichung seiner Kirche“;<sup>8</sup> ihn störten namentlich jene bürgerlichen Elemente, die glaubten, „Sozialisten zu sein, obgleich sie es nicht sind“, und von denen er verächtlich als von „Krethi und Plethi“ sprach.<sup>9</sup> Für ihn war der hier skizzierte Prozess nichts anderes als eine, wie es damals hieß, „opportunistische“ Versumpfung und Verflachung, der er das Prinzip des unversöhnlichen Klassenkampfes entgegenhielt. Auf dem Dresdener Parteitag von 1903 bekannte er sich – und mit sich die Partei – als „Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft“<sup>10</sup> und strafte all jene Genossen ab, die sich des Kompromißlertums, des allzu offensichtlichen Schulterschlusses mit bürgerlichen Reformbefürwortern schuldig gemacht hätten. Die Folge dieser öffentlich zelebrierten Selbstzerfleischung war, wie der sozialdemokratische Publizist Richard Calwer schrieb, eine Austrittswelle vor allem der bürgerlichen Parteimitglieder, die sich aus Überzeugung der SPD angeschlossen, aber Besseres zu tun hatten, als sich tagein, tagaus ihre „Bürgerlichkeit“ vorhalten und sich beschimpfen zu lassen: „Wir bekämpfen“, schrieb Calwer, „die katholische Kirche wegen ihres Unfehlbarkeitsdogmas, aber in unserer eigenen Partei hat sich eine Orthodoxie entwickelt, die für ein demokratisches Gebilde im 20. Jahrhundert geradezu Erstaunen hervorrufen muss“.<sup>11</sup>

Die SPD war „für eine selbstbewusste, auch offiziell vollzogene Öffnung zur Volkspartei“ offensichtlich noch nicht reif und beharrte, wie insbesondere der Dresdener Parteitag zeigte, „auf der Fiktion ihrer sozialen

---

8 Friedrich Naumann, August Bebel, in: Die Hilfe, 27. September 1903, S. 3.

9 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892, S. 199.

10 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, S. 313.

11 Zit. nach: Max Bloch, Die Sozialistischen Monatshefte und die Akademikerdebatte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914. Die „Fälle“ Göhre, Schippel, Calwer und Hildebrand, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 40 (2008), S. 9.

Homogenität als proletarische Klassenpartei“.<sup>12</sup> Der Wähler honorierte diese Entwicklung nicht: Die nächsten Reichstagswahlen fanden – nach der vorzeitigen Auflösung des Reichstags – im Januar 1907 statt und brachten für die SPD ein Desaster. Zwar hatte sie absolut nur knapp 3 Prozent eingebüßt und war mit 28,9 Prozent einigermaßen stabil geblieben; die Fraktion war aber – ursächlich dafür waren vor allem antisozialdemokratische Stichwahlabkommen der konservativ-liberalen Blockparteien – auf 43 Mandate und damit fast auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Die Reichstagswahlen von 1907 und der mit ihnen verbundene Schock werden zu Recht als ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der SPD gewertet. Denn von hier ausgehend brach sich der reformistische Politikentwurf – und dieser zielte auf eine im Kern volksparteiliche Ausrichtung der SPD – Bahn.



Reichstagswahlkampf 1907: Kundgebung vor dem provisorischen Wahlbüro der SPD in Gonsenheim. Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

12 Timm Genett, *Der Fremde im Kriege. Zur politischen Theorie und Biographie von Robert Michels 1876–1936*, Berlin 2008, S. 202 f.

### III. „Die Arbeiterpartei wird zur Volkspartei“

In der deutlich geschrumpften sozialdemokratischen Fraktion gingen, wie Carl Severing, damals frisch in den Reichstag gewählt, in seinen Memoiren schreibt, die „Realpolitiker“ in die Offensive.<sup>13</sup> Für sie war die Wahlniederlage – neben anderen Ursachen – auch das Ergebnis der radikalen Agitation, der ideologischen Borniertheit und Abschottung der SPD, wie sie sich auf dem Dresdener Parteitag erwiesen hatte. Wollte die Partei aus dem Tal wieder herauskommen, so müsse sie – so formulierte es etwa der Reichstagsabgeordnete Albert Südekum – „der dröhnenden Agitationsphrase sorgfältig“ ausweichen, „die scharfe Anklage mit dem redlichen Rate“ verbinden und bereit sein, „ihr Stück Verantwortung mit zu tragen“.<sup>14</sup> Das war die Linie des reformistischen Fraktionsflügels, der nun verstärkt Politik und Erscheinungsbild der SPD bestimmte, der für eine Öffnung hin zum Bürgertum eintrat, der nicht auf die seligmachende Revolution warten, sondern durch „praktische Arbeit“ den Staat gewinnen, Verantwortung übernehmen und so jene sozialpolitischen Ziele verwirklichen wollte, für die die SPD angetreten war. August Müller, ein weiterer Verfechter dieser sozialdemokratischen Reformstrategie, brachte diesen Impetus im September 1907 auf die Formel: „Wir müssen aus dem Turm heraus!“<sup>15</sup>

Nach der Reichstagswahl von 1907 kam tatsächlich Bewegung in die Partei; der ideologische Immobilismus, der Obstruktion zur Pflicht machte, wich einer zunehmend konstruktiven Oppositionsarbeit; und auch das Verhältnis der SPD zu den anderen im Reichstag vertretenen Parteien

13 Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 1, Köln 1950, S. 158.

14 Zit. nach: Max Bloch, Albert Südekum (1871–1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2009, S. 119.

15 Vgl. August Müller, *Wir müssen aus dem Turm heraus!*, in: *Die Neue Gesellschaft* 5 (1907/08), S. 321–326; vgl. auch: Albert Südekum, *Praktische Arbeit*, in: *Kommunale Praxis* 7 (1907), Sp. 265–268. Damit griff Müller im Übrigen eine Forderung auf, die der Zentrums Politiker Julius Bachem, bezogen auf die konfessionelle Frage, im März 1906 an seine Partei, das Zentrum, gerichtet hatte; vgl. Julius Bachem, *Wir müssen aus dem Turm heraus!*, in: *Historisch-politische Blätter* 137 (1906), S. 505–513.

und zur Regierung begann sich zu wandeln: Am 24. April 1907 – kurz nach der Reichstagswahl – war eine von der SPD-Reichstagsfraktion eingebrachte Resolution zur Erhöhung des Soldatensolds vom Parlament angenommen und vom preußischen Kriegsminister gutgeheißen worden; das zeigte, dass auch auf Regierungsseite alte Frontstellungen aufzuweichen begannen.<sup>16</sup> Zwei Jahre später, im Sommer 1909, stimmte die SPD-Reichstagsfraktion für die (letztlich gescheiterte) Erbschaftssteuer vorlage des Reichskanzlers Bülow, was in der Fraktion und auf dem Leipziger Parteitag zu heftigen Diskussionen führte. Der Fraktionslinke Gustav Hoch konstatierte, an diese Diskussionen anknüpfend, eine „grundsätzliche Verschiedenheit in der Auffassung, wie die Fraktion am besten positive Erfolge für die Arbeiter erzielen könnte, ob durch ein möglichst weites Entgegenkommen gegenüber den bürgerlichen Parteien oder durch den unaufhörlichen Appell an das Klassenbewusstsein der Arbeiter“.<sup>17</sup> In diesen Worten ist die berühmte Dualität der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich, ihre latente Spaltung in revolutions- und reformgläubige Kräfte, bündig zum Ausdruck gebracht worden.

Die SPD-Reichstagsfraktion schreckte nun jedenfalls nicht mehr davor zurück, Steuervorlagen der Regierung zu unterstützen; auf kommunalpolitischem Gebiet, im Vereinswesen fanden sich sozialdemokratische und bürgerliche Wohnungsreformer zu Bündnissen zusammen; die badischen, bayerischen und württembergischen Landtagsfraktionen bewilligten – trotz wiederholten Protests der Parteitage – regelmäßig das Staatsbudget; in Baden hatten Sozialdemokraten, Nationalliberale und linksliberale Volkspartei sogar zu einem Bündnis, dem sogenannten „Großblock“, zusammengefunden, und während des preußischen Wahlrechtskampfes von 1910 war es der Liberale Friedrich Naumann, der eine solche sozialliberale Koalition, einen „Block von Bassermann bis Bebel“,

---

16 Vgl. Bernhard Neff, „Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe...“. Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, Köln 2004, S. 169.

17 Zit. nach: Bloch, Südekum, S. 91.



auch für die Reichsebene empfahl.<sup>18</sup> SPD und Liberale näherten sich einander an; und unter Reichskanzler von Bethmann Hollweg, Nachfolger des unglücklichen Bülow, wurde die SPD sogar zu einer die Regierungspolitik (mit-)tragenden Kraft.

Der Kanzler selbst war sich der Notwendigkeit einer „Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft“ bewusst,<sup>19</sup> ja, seine „Politik der Diagonale“ war regelrecht darauf ausgerichtet, sich die Mehrheiten da zu suchen, wo sie zu finden waren; die SPD war in dieser Rechnung durchaus ein Faktor, und in den Verhandlungen um die Elsaß-Lothringische Verfassung von 1911 war es, wie der Kanzler-Vertraute Kurt Riezler notierte, tatsächlich gelungen, „die Sozialdemokraten zur positiven Mitarbeit zu gewinnen“.<sup>20</sup> Die Verfassung für die Reichslande, die Elsaß-Lothringen durch einen kaiserlichen Statthalter eine reichsunmittelbare Verwaltung entzog, wurde am 26. Mai mit den Stimmen von SPD, Links- und Nationalliberalen gegen die konservativen Fraktionen beschlossen. Dieses Beispiel mag erweisen, dass von einer fundamentaloppositionellen Haltung der SPD kaum mehr die Rede sein konnte. Die Radikalen in der Partei wurden zwar nicht müde, vor der abschüssigen Bahn des Opportunismus zu warnen, bzw. wie Rosa Luxemburg über jenen Opportunismus zu spotten, „der nach Schätzen gräbt und froh ist, wenn er Regenwürmer findet“,<sup>21</sup> drangen damit aber, anders als früher, in der Parteiführung nicht mehr durch. „Die Arbeiterpartei wird zur Volkspartei“ – so klar erschien der vorgezeichnete Weg in Robert Michels 1911 erschienener *Soziologie des Parteiwesens*.<sup>22</sup>

---

18 Vgl. Friedrich Naumann, Bassermann und Bebel, in: Berliner Tageblatt, 4. Oktober 1910.

19 Theobald von Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, hrsg. von Jost Dülffer, Essen 1989, S. 58 f.

20 Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 175.

21 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 3, (Ost-)Berlin 1973, S. 290.

22 Zit. nach: Genett, Fremde, S. 422.



Georg von Vollmar während der Reichstagswahl von 1912.  
Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung, Rechteinhaber nicht ermittelbar.

#### IV. Vom Stichwahlabkommen zur Deckungsvorlage

Das machte die SPD (wieder) wählbar, auch über ihre proletarische Kernwählerschaft hinaus. Aus der Reichstagswahl von 1912 ging sie mit einem Stimmenanteil von 34,8 Prozent und 110 Mandaten als stärkste Fraktion des Reichstags hervor, was von der Forschung als Ergebnis jener „Reformpolitik der kleinen Schritte“,<sup>23</sup> einer „systematischen Reformstrategie“ gewertet wird.<sup>24</sup> Das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei hatte zu diesem Ergebnis nicht unwesentlich beigetragen. Vom re-

23 Christoph Nonn, *Verbraucherprotest und Parteiensystem im Wilhelminischen Deutschland*, Düsseldorf 1996, S. 275.

24 Neff, *Paradetruppe*, S. 249.

formistischen Fraktionsflügel wurde es daher auch als „der erste taktische Zusammengang größeren Stils zwischen Sozialdemokratie und Teilen des liberalen Bürgertums mit dem Ziel einer Neuorientierung der inneren Politik“ gewürdigt.<sup>25</sup> Das Projekt einer „kommenden deutschen Linken“, jenes „Blocks von Bassermann bis Bebel“, das Friedrich Naumann nun aufs Neue formulierte,<sup>26</sup> war damit – nach etlichen Anläufen in den letzten Jahren – endlich in Angriff genommen worden, und in den parlamentarischen Debatten um den Wehrbeitrag von 1913 trat dieses sozial-liberale Bündnis sichtbar zutage.

Im April 1913 war dem Reichstag die neue Wehrevorlage der Regierung vorgelegt worden, die – in Reaktion auf die Verlängerung der französischen Dienstzeit von einem auf drei Jahre – die größte Heeresvermehrung seit Bestand des Reiches darstellte. Die Deckung dieser Heeresvermehrung sollte durch ein Vermögenszuwachssteuergesetz und einen einmaligen Wehrbeitrag auf Einkommen und Vermögen gedeckt werden. Die alte sozialdemokratische Forderung nach einer direkten Vermögens- und Einkommenbesteuerung war damit erfüllt, und die sozialdemokratischen Sprecher im Reichstag, die Abgeordneten Südekum und David, bezeichneten den Entwurf demzufolge als einen „Erfolg der Sozialdemokratie“: „Zum ersten Male in der Finanzgeschichte unseres Reiches“ werde hier wenigstens der eingestandene Versuch gemacht, „zu Rüstungszwecken auch den Besitz heranzuziehen“, worin sie „ein Zugeständnis von nicht zu übertreffender Bedeutung“ erblickten.<sup>27</sup>

Schließlich und endlich wurden Vermögenszuwachssteuer und Wehrbeitrag mit den Stimmen der SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen und Teilen des Zentrums angenommen. Ein Mitte-Links-Bündnis hatte in der Steuerfrage zusammengefunden, und die Annahme

---

25 Zit. nach: Bloch, Südekum, S. 117.

26 Theodor Heuss, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Tübingen 1949, S. 294 f.

27 Zit. nach: Bloch, Südekum, S. 123.

einer militärischen Deckungsvorlage gegen die Stimmen der konservativen Fraktionen war, wie Dieter Groh schreibt, tatsächlich „ein Schauspiel, das der Reichstag noch nicht erlebt hatte“.<sup>28</sup> Der Jenaer Parteitag billigte mit 336 gegen 140 Stimmen „ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen“, und der Referent Albert Südekum versicherte den Parteitagsdelegierten in einer vielbeachteten Rede, „dass der Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige und einzig mögliche war. Er entsprach dem Parteiprogramm, den Traditionen und der politischen Situation“. Aber auch, fuhr er fort, „wenn nie zuvor so etwas geschehen wäre, oder wenn immer in der Geschichte unserer Partei das gerade Gegenteil geschehen wäre, musste die Partei so und nicht anders handeln. Wir sind keine Partei von Antiquaren, die, wenn sie etwas tun soll, erst in alten Folianten nachschlägt, was denn geschrieben steht von der Altväter Zeit her. Wir dürfen uns nicht abhängig machen von dem, was in anderen Zeiten andere Menschen gedacht, geredet, geschrieben oder getan haben. Es ändern sich die Zeiten und wir mit ihnen.“<sup>29</sup>

## V. Die SPD am Vorabend des Ersten Weltkriegs

Dies war im September 1913. Wie stand die SPD kurz vor Kriegsausbruch also da? Als eine fundamentaloppositionelle Partei? Wohl kaum. Im Gegenteil – der „Angleichungsprozess an den Staat“, von dem der Abgeordnete Gustav Noske sprach,<sup>30</sup> zeigte überall seine Wirkungen. Der Reichskanzler musste sich bei der Verabschiedung verschiedener Gesetzesvorlagen explizit auf die Sozialdemokratie stützen, verhandelte mit ihren Parlamentariern und warb um sie; hohe Regierungsbeamte, Staatssekretäre, erklärten öffentlich, wie gut sich mit einzelnen sozialdemokratischen Fachpolitikern arbeiten ließe; das Schreckgespenst der staats-

---

28 Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main/Berlin 1973, S. 444.

29 Zit. nach: Bloch, Südekum, S. 126.

30 Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach am Main 1947, S. 38.



Albert Südekum und Ludwig Frank auf dem Jenaer Parteitag 1913  
(in der Mitte der französische Sozialist Gustave Rouanet).  
Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

feindlichen Sozialdemokratie hatte seinen Schrecken sukzessive eingeübt, und die unversöhnlich scheinenden Antipoden kamen miteinander ins Gespräch.

Dieser Mentalitätswechsel schlug sich auch publizistisch nieder: Im Frühjahr 1914, wenige Monate vor Kriegsausbruch, riet eine deutsch-amerikanische Monatsschrift der Reichsleitung zur politischen Einkehr: „Pflicht der Männer an der Spitze ist es, endlich nach volkstümlichen Mitarbeitern auszuschaun [...]. Würden Männer wie Dr. Südekum, Georg von Vollmar und ähnliche zur Mitwirkung an der Regierung hinzugezogen werden, dann stünde es besser um die Monarchie, um das Volk und um das Reich.“<sup>31</sup> Und Großadmiral von Tirpitz ventilierte zur gleichen Zeit den Gedanken, „irgend ein Ministerium, für Volkswohlfahrt oder wie man es nennen wollte, zu gründen und dieses einem verständigen Sozialdemokraten wie Südekum oder Noske zu geben, die dann ganz von selbst einschwenken würden, wie es Briand oder andere Leute in Frankreich und Lloyd George in England getan hätten“.<sup>32</sup> Diese beiden Zitate mögen veranschaulichen, wie harmlos die „gemeingefährliche Sozialdemokratie“ mittlerweile geworden war und wie sich Selbst- und Fremdwahrnehmung der deutschen Sozialdemokratie im Zuge ihres Integrationsprozesses gewandelt hatten. Wenn Bündnisfähigkeit und der Wille zur politischen Verantwortung, getragen von einem signifikanten Wählerauftrag, als Indikatoren genommen werden, war die SPD auf ihrem „Weg zur Volkspartei“ also bereits ein deutliches Stück vorangekommen.

## VI. „Burgfrieden“ im Krieg

Die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914 ist bis heute umstritten. Hier soll auch gar keine Wertung versucht, sondern lediglich festgestellt werden, dass diese Entscheidung, wenn man die Entwicklung, die zu ihr geführt hat, bedenkt, nicht von

---

31 Der Deutsche Kulturträger 2 (1914), S. 224.

32 Albert Hopman, Das ereignisreiche Leben eines „Wilhelminers“. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen 1901–1920, hrsg. von Michael Epkenhans, München 2004, S. 996.

ungefähr gekommen ist. Auf verteidigungspolitischem Gebiet – das hat insbesondere Bernhard Neff in seiner Studie *Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe* von 2004 gezeigt – hatte sich die SPD schon längst, spätestens seit 1907, dem nationalen Konsens angeschlossen. Die SPD war nicht nicht gegen die Landesverteidigung an sich, sondern gegen wilhelminischen Pomp und Paradenherrlichkeit, gegen Soldatenmisshandlungen und Adelsprivileg und für eine „kriegsgerechte“ – das war der Begriff, mit dem operiert wurde – und effiziente Ausstattung des Heeres. Insbesondere Bebel hatte bereits 1904 betont, die Sozialdemokratie sei, vor allem wenn es gegen Russland ginge, „bis zum letzten Mann [...] bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen“;<sup>33</sup> und Albert Südekum hatte – mit Rekurs auf diese Bebel-Rede – in den Diskussionen um den Wehrbeitrag öffentlich betont, dass die deutschen Arbeiter im Falle eines dem Reiche aufgezwungenen Krieges „das Vaterland freudig schützen“ würden.<sup>34</sup> Der Bewilligung der Kriegskredite ging also keine – wie vor allem von der Geschichtsschreibung der DDR beschworen – düstere Konspiration, kein Komplott und „Verrat“ voraus, sondern sie ist, wie Gerhard A. Ritter bereits 1976 schrieb, im Grunde als Selbstverständlichkeit wahrgenommen worden.<sup>35</sup>

Etwas überspitzt könnte man sagen, dass die SPD die wohl umstrittenste Entscheidung ihrer Geschichte durchaus als „Volkspartei“ getroffen hätte – wie es Eduard David und Wilhelm Kolb taten: Die SPD, so Kolb 1915, müsse nun endgültig „über den Rahmen der bloßen Arbeiterpartei hinauswachsen, um Volkspartei im besten Sinne des Wortes zu werden“.<sup>36</sup> Die Argumentation führender Sozialdemokraten zielte ja explizit auf

---

33 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 189, Sitzung vom 7. März 1904, S. 1588.

34 Zit. nach: Bloch, Südekum, S. 124; vgl. Albert Südekum, Der Schutz der Deutschen im Ausland, in: Sozialistische Monatshefte 18 (1912), S. 1137.

35 Vgl. Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus, Göttingen 1976, S. 49 f.

36 Zit. nach: Monika Pohl, Ludwig Marum. Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung 1882–1919, Karlsruhe 2003, S. 126; vgl. Susanne Miller (Hg.), Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David, Düsseldorf 1966, S. VII.

das vermeintlich *bedrohte* „Volk“, vor dem sie ihre Verantwortung wahrnehmen wollten. Das Einschwenken der SPD in die nationale Einheitsfront bedeutete indes nicht, dass die Partei sozusagen mit den Wölfen heulte und ihren politischen Gestaltungsanspruch vergaß. Sie wollte diesem Staat ihren Stempel aufdrücken. Eben deshalb – so forderten etwa die Reichstagsabgeordneten Heine und David – müsse sie sich jetzt als die „nationalste und vaterländischste Partei“, als eine „Partei der nationalen Demokratie“ zu erkennen geben,<sup>37</sup> und der Badener Ludwig Frank, neben Kolb einer der Vordenker der sozialliberalen „Großblock“-Strategie, brachte diesen Grundgedanken prägnant zum Ausdruck: „Wir verteidigen das Vaterland, um es zu erobern!“<sup>38</sup>

Zwar traten die deutschen Sozialdemokraten, anders als ihre französischen, belgischen und britischen Genossen, 1914/15 nicht in die Regierung ein und übernahmen auch nicht – wie in Russland 1917 – handgreifartig die Macht. Aber sie stellten eine fraglos staatstragende politische Kraft dar, die – wie es ein Reichstagsmitglied formulierte – eigentliche „Kerntruppe“ des Kanzlers,<sup>39</sup> was dann auch dazu führte, dass die konservativen Fraktionen immer unverhohlener in Opposition zu Bethmann Hollweg traten. Für die revolutionäre Linke trugen jene Sozialdemokraten, „die in den Vorzimmern des Reichskanzlers scharwenzeln und sich in der Gunst der Regierung sonnen“, freilich das „Brandmal ihres Verrats an den Interessen ihres Volkes“ auf der Stirn.<sup>40</sup> Nachdem sich die in der „Gruppe Internationale“ organisierte linksradikale Opposition bereits

---

37 Zit. nach: Bloch, Südekum, S. 134.

38 Zit. nach: Friedhelm Boll, *Frieden oder Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*, Bonn 1980, S. 124.

39 Albert Südekum, *Das Gebot der Stunde*, in: *Fränkische Tagespost*, 27. Juni 1915. Die revolutionäre Linke subsumierte diese Entwicklung unter dem Begriff „Sozialchauvinismus“, der aus dem Vorkriegs-„Opportunismus“ resultierte, dessen Hauptmerkmal wiederum der „Gedanke der Zusammenarbeit der Klassen“ sei; vgl. W. I. Lenin, *Über den Reformismus. Der Zusammenbruch der II. Internationale, der Imperialismus und die Spaltung im Sozialismus*, Berlin 1930, S. 47.

40 Rosa Luxemburg, *Wofür kämpfte Liebknecht, und weshalb wurde er zu Zuchthaus verurteilt?*, in: *Luxemburg, Werke*, Bd. 4, S. 222.



Anfang 1915 von der SPD losgesagt hatte und die sozialdemokratische Kriegspolitik seither mit Furor bekämpfte, machte sich im April 1917 auch die pazifistische Parteiminderheit als Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) selbstständig. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie schwächte zwar deren Organisation, schuf aber die Voraussetzung dafür, den Integrationskurs der SPD unter den Bedingungen des Krieges forciert zu steuern.

Im Juli 1917 schlossen sich jene Parteien, die bereits vor 1914 zu Kooperationen zusammengelassen hatten, SPD, Linksliberale und Zentrum, im Interfraktionellen Ausschuss zusammen, der fortan die sogenannte Reichstagsmehrheit stellte; und noch im selben Jahre, im August 1917, wurde jener August Müller, der 1907 seine Partei dazu aufgefordert hatte, den „Turm“ zu verlassen, sich also dem Staate anzunähern, zum Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt ernannt. Damit wurde erstmals ein deutscher Sozialdemokrat mit einem Regierungsamt betraut. Am 3. Oktober 1918 folgten Gustav Bauer, Philipp Scheidemann, Robert Schmidt und Eduard David nach, nahmen Regierungsgeschäfte wahr und sorgten dafür, dass in den Oktoberreformen unter Reichskanzler Max von Baden die Kernforderungen der SPD im Krieg, die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts und die Parlamentarisierung des Reiches, umgesetzt werden konnten. Wie auch immer man die Politik der SPD im Ersten Weltkrieg beurteilen und was man auch immer gegen sie vorbringen mag – sie war im Kriege in eine im Kern gouvernementale Rolle hineingewachsen.

## VII. Klassen- oder Volkspartei?

Am 9. November 1918 wurde Friedrich Ebert von Reichskanzler Max von Baden mit der Regierungsbildung beauftragt. Zunächst wurde eine von MSPD und USPD paritätisch besetzte sozialdemokratische Koalitionsregierung gebildet. Diese Regierung hielt jedoch nicht lange. Bereits am 29. Dezember erklärten die unabhängigen Volksbeauftragten ihren Regierungsaustritt. Was folgte, war die sogenannte Weimarer Koalition aus

SPD, linksliberaler DDP und katholischem Zentrum, also eine politische Konstellation, wie sie bereits 1911, 1913 und 1917 hervorgetreten war. Während die radikale Linke im Januar 1919 zum Sturz dieser Regierung antrat, schenkte die überwältigende Mehrheit der Wähler dieser Regierung in den Wahlen zur Nationalversammlung ihr Vertrauen: Die SPD errang 37,9, das Zentrum 19,7, die DDP 18,6 Prozent. Die die Regierung tragenden Parteien kamen zusammen also auf fast 80 Prozent der Stimmen – kein allzu stichhaltiges Symptom für den von den „Massen“ doch angeblich so ersehnten Umsturz.

Die SPD wurde auch von großen Teilen des Bürgertums als Ordnungsfaktor anerkannt, als stabilisierendes Element in einer so hoffnungslos zerfahrenen Zeit. Und viele Jüngere, für die der Gedanke der Republik mehr war als eine Verlegenheits- und Übergangslösung, die Herzensrepublikaner waren, traten der SPD nicht als einer Arbeiterpartei bei, sondern als jener republikanischen Staatspartei, als die sie nach 1918 wahrgenommen wurde: die Namen Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Ernst von Harnack und Kurt Schumacher, alle gerade erst aus den Schützengräben heimgekehrt, mögen hier als Beispiele dienen. Für Schumacher war es, nebenbei bemerkt, vor allem der sozialdemokratische „Staatsgedanke“, der ihn zum Sozialdemokraten machte.<sup>41</sup>

---

41 Vgl. Kurt Schumacher, *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie*, hrsg. von Friedrich Holtmeier, Stuttgart/Berlin 1973. Die sogenannte *Junge Rechte* in der SPD, die sich um Mierendorff und Haubach gruppierte, trat Ende der 1920er Jahre offensiv für eine volksparteiliche Öffnung der Partei ein. Gerade das, was die hier Genannten als Verantwortung vor dem „Volk“, der „Nation“, dem „Vaterland“ erblickten, führte sie in Opposition und Widerstand gegen die totalitäre Macht des Nationalsozialismus. Auch Verbindungen zu der Vorgängergeneration sozialdemokratischer Reform- und Realpolitiker, etwa zwischen Ernst von Harnack und Albert Südekum, sind verbürgt; vgl. Stefan Vogt, *Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918-1945*, Bonn 2006, S. 176–178; Bloch, Südekum, S. 316 (Kondolenzbrief Ernst von Harnacks).



Die Weimarer Koalition: Erste Sitzung des Kabinetts Scheidemann am 13. Februar 1919 in Weimar. Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Aufgaben, derer sich die Regierung anzunehmen hatte, waren gewaltig: Es galt die Rückführung der Heere zu organisieren, die Heeresangehörigen aufzufangen, dem Terror links- wie rechtsextremistischer Gruppen zu trotzen, das Gewaltmonopol des Staates wieder herzustellen, ja den Bestand des Reiches selbst zu sichern – und all das unter dem Druck harter Friedens- und Reparationsverhandlungen. Die großen allbeglückenden Reformwerke waren – schon aus Geldmangel – unter diesen Umständen nicht zu machen. Enttäuschung machte sich in der Anhängerschaft breit, die eine massive Abwanderung zur USPD zur Folge hatte, die sich bei den Reichstagswahlen von 1920 bemerkbar machte: Die SPD lag bei gerade noch 21,7 Prozent und damit nurmehr knappe vier Prozentpunkte vor der unabhängigen Konkurrenz. Zwar trat sie, von dem Wahlergebnis geschockt, für einige Monate aus der Regierung aus, kehrte aber bald wieder ins Kabinett zurück und blieb auch sonst ihrer Linie treu. Gerade um sich nach links, gegenüber USPD und erstarkender KPD, abzugrenzen, bekannte sich die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Görlitzer Pro-

gramm von 1921, das das alte Erfurter Programm von 1891 ablöste, prinzipiell zur Koalitionspolitik, zur Übernahme von Regierungsverantwortung und zum – wie es im Programmtext heißt – „Dienst [an] der Volksgemeinschaft“.<sup>42</sup> In Görlitz hatte sich die SPD, ohne dass dieses Wort gefallen wäre, als Volkspartei präsentiert. Dieses Programm blieb jedoch, wie Susanne Miller schreibt, „das kurzlebigste in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“.<sup>43</sup>

Ganz vorbehaltlos war das Bekenntnis als Volkspartei in Görlitz aber nicht. Es machte sich Reserve geltend: Die „Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst“ blieb programmatischer Kernbestand der SPD,<sup>44</sup> und Albert Südekum, einer der alten reformistischen Kämpfer, fand, wie er während des Parteitages an seine Frau schrieb, diesen Schlingerkurs „als ‚opponierende Regierungspartei‘ [...] einfach würdelos“.<sup>45</sup> Der Wunsch der SPD, wieder *die* Arbeiterpartei in Deutschland zu werden, ihre nach links ausgewichenen Wähler zurückzugewinnen, war stärker als ihr – von der Basis nie recht goutierter – gouvernementaler, volksparteilicher Habitus. Daher öffnete sie sich wieder nach links: Auf dem

---

42 Das Görlitzer Programm, Offenbach am Main 1947, S. 67.

43 Susanne Miller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*, Düsseldorf 1978, S. 442. Die KPD reagierte auf die neue, volksparteiliche Ausrichtung der SPD verärgert. Auf dem V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale reklamierte am 28. Juni 1924 der Parteivorsitzende August Thalheimer das Prädikat „Volkspartei“ exklusiv für die KPD: „Wir beanspruchen, die Volkspartei zu sein in dem Sinne, dass wir als revolutionäre Klassenpartei des Proletariats die Führung der übrigen Klassen der Werktätigen übernehmen. Was die Sozialdemokratie, was die Parteien der II. Internationale als ihre Rolle der Volkspartei auffassen, ist etwas ganz anderes. Es ist die Unterordnung der Klasseninteressen des Proletariats unter die Interessen des Kleinbürgertums und weiter die Unterordnung der Interessen des Kleinbürgertums unter die Interessen der Großbourgeoisie, d.h. teils reformistische, teils konservative, reaktionäre Volkspartei“; Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1973, S. 582. Auch für Franz Dahlem war die KPD, wie er am 27. Juli 1945 schrieb, „im wahrsten Sinne des Wortes eine Volkspartei, die Partei der werktätigen Massen“; Franz Dahlem, *Ausgewählte Reden und Aufsätze 1919–1979. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, (Ost-)Berlin 1980, S. 270.

44 Das Görlitzer Programm, S. 67.

45 Zit. nach: Bloch, Südekum, S. 267.



Die Görlitzer Programmkommission, 1921 (erste Reihe Mitte: Eduard Bernstein).  
Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Nürnberger Parteitag von 1922 wurde die Wiedervereinigung der MSPD mit dem, was von der USPD noch übriggeblieben bzw. nicht zur KPD übergewechselt war, feierlich begangen. Diese Entscheidung markierte den Rückzug der Sozialdemokratie in das vertraute Klassenmilieu. Reichspräsident Ebert kanzelte sie als eine beispiellose „Dummheit“ ab; Wolfgang Heine, ehemaliger preußischer Innenminister und Rechtsbeistand des Reichspräsidenten in seinen zahllosen Beleidigungsprozessen, konstatierte ein „völliges Versagen politischen Denkens und Handelns vor den Schlagworten“; Albert Südekum, sein ehemaliger preußischer Kabinettskollege, sah die Partei nun endgültig im „Sektengeist“ erstarren,<sup>46</sup>

und August Müller, der es 1918/19 zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt und anschließend zum Professor an der Berliner Universität gebracht hatte, trat in Folge dieser Entwicklung aus der SPD aus und zur linksliberalen DDP über.<sup>47</sup>

Die alten USPD-ler wurden als die Träger jenes *überwunden* geglaubten Oppositionsgeistes gedeutet, der jeder Regierungsbeteiligung oder nun gar der Zusammenarbeit mit Bürgerlichen skeptisch bis ablehnend gegenüberstand, und die Revision von „Görlitz“ ließ tatsächlich nicht lange auf sich warten. Bereits 1925 wurde in Heidelberg ein neues Parteiprogramm beschlossen, das im Grunde wie das Erfurter aussah, also stärker an klassenkämpferische Positionen anknüpfte. Die stärkste Partei des Reiches befand sich fortan – von der Episode der Großen Koalition unter Hermann Müller 1928/30 abgesehen – fast durchgehend in der Opposition. Und auch da war das Bild jener sozialdemokratischen Reichsminister, die im November 1928, unter einem damals noch hochgehaltenen Fraktionszwang, gegen ihre eigenen Gesetzesvorlagen stimmten, nicht eben dazu angetan, das Vertrauen ihrer bürgerlichen Koalitionspartner zu stärken.<sup>48</sup> Die Weimarer SPD hatte es, wie Heinrich August Winkler schreibt, versäumt, „alles daranzusetzen, sich von der proletarischen

---

46 Alle Zitate bei: Bloch, Südekum, S. 285 f.; vgl. hierzu auch: Wolfgang Heine an Albert Südekum, 4. Juni 1926, in: Bundesarchiv Berlin, Nachlass Wolfgang Heine, Nr. 228, Bl. 197 f.: „Ich gebe nach und nach immer mehr die Hoffnung auf, dass die Partei einmal eine positive Politik treiben könnte. Die Hereinholung der Unabhängigen 1922 war weniger Grund dieser verhängnisvollen Entwicklung als ein Symptom von dem, was sich bereits vollzog. Der innerste tiefste Grund liegt dieses Mal, wie bei den früheren Parteikonflikten, doch wohl darin, dass die Umwandlung des Klassenkampfgedankens aus einem Erklärungsprinzip für historische Vorgänge zur alleinigen politischen Methode und Zielsetzung den Weg zu einem weiter blickenden politischen Urteil und zu selbständigem Wollen in der deutschen Arbeiterklasse verbaut hat. [...] Noch immer hätte die Partei die größte und die wichtigste Aufgabe im deutschen Volke. Was aber können wir tun, damit sie ihr wirklich dient?“

47 Zur Biographie August Müllers vgl. Rüdiger Zimmermann, Biographisches Lexikon der ÖTV und ihrer Vorgängerorganisationen, [Electronic ed.], Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1998. 2550 Kb, Text. Teil 127.

48 Hier sind die politischen Auseinandersetzungen um den Bau des Panzerkreuzers A gemeint, dem vonseiten der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zugestimmt, der aber von der Fraktion einhellig abgelehnt wurde.

Klassen- in eine linke Volkspartei und von der ‚geborenen‘ Oppositionspartei in eine regierende Koalitionspartei zu verwandeln“.<sup>49</sup> Diese Rückzugsbewegung vom Staat hat das Scheitern Weimars sicherlich nicht verursacht. Aber stabilisierend gewirkt hat sie fraglos nicht.

### VIII. „Partei des Volkes“

„Weimar“ war für die frühe Bundesrepublik eine wichtige und zwar vor allem negativ konnotierte Bezugsgröße. So wie in Weimar wollte man es nicht machen. Zu opfervoll und entbehrungsreich waren die Zeiten, die „Bonn“ von „Weimar“ trennten. Das galt auch für die SPD.

Kurt Schumacher spielte vor allem die nationale Karte, um die SPD vor allem in der Deutschland- und Außenpolitik als Alternative zu Konrad Adenauer, dem „Kanzler der Alliierten“, zu profilieren. Und er betrieb die Öffnung der Partei: Die SPD, so forderte er, müsse die Partei nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden und der geistigen Berufe sein.<sup>50</sup> Doch die scharfe Oppositionshaltung, die die Partei unter Schumacher bezog, konterkarierte solche Pläne: In der Bundestagswahl von 1953 – das zeigen wahlsoziologische Untersuchungen – war es der SPD nicht gelungen, neue Wählerschichten zu mobilisieren: Rund 70 Prozent der sozialdemokratischen Wählerschaft rekrutierten sich weiterhin aus der Arbeiterschaft. Aber nur knapp 50 Prozent der bundesdeutschen Arbeiter hatten überhaupt SPD gewählt. Die unbefriedigende Bundestagswahl setzte – ein Jahr nach Schumachers Tod – einen Diskussionsprozess in Gang, wie er zu seinen Lebzeiten undenkbar gewesen wäre: Ernst Reuter führte aus, dass es die SPD ausgezeichnet verstanden habe zu sagen, wogegen sie sei, nicht aber wofür. Die SPD habe sich als die Partei des „ewigen Neins“ dargestellt, meinte der Abgeordnete

---

49 Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1920 bis 1924*, Bonn 1984, S. 13; vgl. hierzu auch: Helga Grebing, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin 2007, S. 88–93; Lösche/Walter, *Volkspartei*.

50 Kurt Schumacher, *Reden und Schriften*, hrsg. von Arno Scholz und Walter Oschilewski, Berlin 1953, S. 37.

Wehner; und Paul Löbe, als ehemaliger Reichstagspräsident eine der großen Figuren der Weimarer Sozialdemokratie, erteilte den jüngeren Genossen den Rat, nicht länger mehr in kritischer Distanz zu verharren, sondern zu „positiver Arbeit“ anzutreten.<sup>51</sup> All das liest sich wie ein Déjà vu von 1907. Wie damals war die Parole: Raus aus dem Turm! Diesen „Turm“, den „30-Prozent-Turm“, müsse man – so das Credo der Reformier – durch Gewinnung neuer Wählerschichten endgültig hinter sich lassen.

Die Bundestagswahl von 1957, die den Unionsparteien die absolute Mehrheit bescherte, heizte die Diskussionen in der SPD zusätzlich an. Auf ihrem Godesberger Programmparteitag von 1959 setzten sich die Reformier durch. Die SPD bekannte sich zu Marktwirtschaft und Landesverteidigung, erkannte die Ergebnisse der Adenauer'schen Westbindungspolitik an; verabschiedete sich vom marxistischen Erbe der Vergangenheit und setzte an seine Stelle die Grundwerte-Trias Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, wodurch die Partei wählbar wurde für jeden, der dieses ethische Paradigma anerkennt. Die SPD war, wie es im Programmtext heißt, „aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden“.<sup>52</sup> Die folgenden Bundestagswahlerfolge waren auch die Folge dieser in Godesberg eingeleiteten Politik: 1961 36,2 Prozent, 1965 39,3 Prozent und 1969 mit 42,7 Prozent der Beginn der sozialliberalen Ära unter Brandt und Schmidt.<sup>53</sup>

---

51 Alle Zitate bei: Stefan Appelius, Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999, S. 281. Am 28. Oktober 1953 brachte Carlo Schmid die Bemühungen um eine strategische Neuausrichtung der Partei in einer Rundfunkrede auf den Punkt, wenn er die Entschlossenheit bekundete, „Fehlerhaftes und gegenstandslos Gewordenes abzuwerfen und deutlicher sichtbar zu machen als bisher, was unsere Partei denn eigentlich in Wirklichkeit ist und will. Wir sind stark genug, um, ohne Schaden für das unvergängliche Gut der Arbeiterbewegung, abwerfen zu können, was im Laufe der Zeit zu totem Ballast geworden sein mag“. Die SPD – so Schmid's Fazit – sei keine Weltanschauungspartei mehr, sondern habe „den Charakter einer echten Volkspartei gewonnen“; zit. nach: Helga Grebing (Hg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 433.

52 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, S. 26.





Der Godesberger Parteitag, 1959.

Foto: Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

- 
- 53 Unangefochten blieb diese Linie wiederum nicht. Für die Neue Linke in der SPD war das Konzept der Volkspartei in den Auseinandersetzungen der 1960er und 1970er Jahre Ausdruck eines im Kern „faschistoiden“ Einheits- und Einheitlichkeitsgedankens, dem man das Postulat „systemüberwindender Reformen“ entgegenhielt; vgl. Annetrin Gebauer, Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf, Wiesbaden 2005, S. 83–88.

## IX. Ausblick – Die Zukunft der Volkspartei SPD

Die Diskussionen um „Godesberg“ halten im Grunde bis heute an. Was aber nicht (zumindest nicht mehr) ernsthaft in Zweifel gezogen wird, das ist der Anspruch der SPD, eine Volkspartei, eben „die linke Volkspartei“ zu sein, wie es im Hamburger Programm von 2007 heißt und wie es von Andrea Nahles jüngst erst auf dem Berliner Parteitag von 2010 bekräftigt wurde.<sup>54</sup> Was kann sie auch anderes sein? In einer sich zunehmend differenzierenden Gesellschaft ist für klassische Klientelparteien kein Platz, und eine Arbeiterpartei ist die SPD heute sicherlich ebenso wenig, wie es die nordrhein-westfälische CDU unter ihrem „Arbeiterführer“ Norbert Rüttgers gewesen ist. Auch auf dem Berliner Parteitag am 26. September 2010 wurde die Volkspartei-Diskussion geführt: Wenn die SPD Volkspartei bleiben wolle, so gab etwa Peer Steinbrück zu bedenken, dann müsse sie mehr sein als die „Partei der kleinen Leute“, dann müsse sie Plattform für die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein und dadurch breitere Bevölkerungsgruppen – er nannte vor allem den Mittelstand, Existenzgründer und jene, „die hart arbeiten und sich an die Spielregeln halten“ – ansprechen. Und Joachim Gauck, Gastredner auf dem Parteitag, forderte die SPD dazu auf, mehr sein zu wollen als eine Kopie der Gewerkschaften, mehr zu sein als die Vertreterin von noch so berechtigten Partikularinteressen, sondern – als die Partei des solidarischen Prinzips – stärker die „gesamtgesellschaftlichen Interessen“ in den Blick zu nehmen.<sup>55</sup>

Es stehen heute also fast dieselben Probleme zur Diskussion wie 1959 in Godesberg, 1921 in Görlitz oder nach den Reichstagswahlen von 1907. Die SPD – das hoffe ich gezeigt zu haben – ist nicht nur die älteste Partei, sie ist auch die älteste Volkspartei Deutschlands, und wie jede Volkspartei steht sie im Spannungsfeld von Parteibasis und Stammwählerschaft auf

---

54 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, S. 13.

55 Vgl. die Redebeiträge von Joachim Gauck und Peer Steinbrück in: Protokoll des außerordentlichen SPD-Parteitags vom 26. September 2010, Berlin 2011 (im Erscheinen).

der einen, der großen Gruppe der zu gewinnenden Wechselwähler auf der anderen Seite und muss um ihr Selbstverständnis, auch um ihre Bestätigung als Volkspartei immer wieder ringen. Es ist schwierig, als Volkspartei – oder wie es in der englischen Entsprechung heißt: als *catch-all-party* – im Prinzip wählbar für alle (oder doch für die meisten) zu sein und den Anhängern gleichzeitig ein unverwechselbares politisches Profil zuzuwenden. Wahlen werden aber nicht vom Parteivolk, sondern vom Wahlvolk und in zunehmendem Maße von Wechselwählern entschieden, um die eine Partei, die Volkspartei bleiben will, offensiv werben muss. Das gibt weniger Nestwärme, verspricht aber mehr Erfolg. Eine sich ihrer selbst, ihrer Verantwortung und ihrer Geschichte bewusste SPD, die diese Herausforderung annimmt, die sich programmatisch und strukturell öffnet und einer breiten Öffentlichkeit als moderne, aufgeschlossene, diskussionsbereite und diskussionsfähige Volkspartei präsentiert, hat zwischen linken Verteilungssozialisten und liberalen Privatisierungspredigern noch immer ihren Platz. Und eine Zukunft.

## Zum Autor



### Dr. Max Bloch

Geboren 1977 in Berlin; 1998–2004 Studium der Neueren Geschichte und Neueren deutschen Literatur an der Freien Universität Berlin; 2006 Promotion; seit 2010 Mitarbeiter des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung; Veröffentlichungen unter anderem: Albert Südekum (1871–1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 154), Düsseldorf: Droste 2009.

## Gesprächskreis Geschichte

Die Reihe Gesprächskreis Geschichte, in der – im Gegensatz zu den übrigen, wissenschaftlichen Reihen – als Ergebnis von Veranstaltungen historische Themen von unmittelbarer Aktualität für breitere historisch-politisch interessierte Kreise behandelt werden.

Die dazugehörige Schriftenreihe Gesprächskreis Geschichte erscheint seit 1992 und weist über 80 Veröffentlichungen auf.

Die Bände dieser Schriftenreihe sind in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext verfügbar.

[[http://www.fes.de/hfz/forschung/inhalt/publikationen\\_gg.php](http://www.fes.de/hfz/forschung/inhalt/publikationen_gg.php)]

Zuletzt sind erschienen:

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, im Erscheinen.

(Gesprächskreis Geschichte; 87)

ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

Politischer Widerstand? Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 43 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 86)

ISBN 978-3-86872-319-9

Helga Roepert

„Anfang 1935 flog die Gruppe meines Vaters auf ...“ : Erinnerungen einer Sozialdemokratin an eine glückliche Kindheit in schrecklichen Zeiten. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 88 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 85)

ISBN 978-3-86872-262-8

Richard J. Evans

„Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“. Zur Diskussion um Anpassung und Widerstand in der deutschen Arbeiterschaft 1933-1945. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 29 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 84)

ISBN 978-3-86872-348-9





ISBN 978-3-86872-539-1  
ISSN 0941-6862